

Laudatio anlässlich der Verleihung des Berndt Koberstein Preises an SAGA am 2.5.2012 von Nausikaa Schirilla

Der Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman beschreibt in seinem Werk „Verworfenes Leben – die Ausgrenzten der Moderne“ verschiedene Modelle politischer Repression. Er bezeichnet George Orwells Analyse gesellschaftlicher Kontrolle als den alten Big Brother und schreibt:

„ Der alte Big Brother widmete sich dem Einschluss, der Integration. Der neue Big Brother betreibt Ausschluss. Er muss die Leute aufspüren, die an ihren Ort „nicht passen“, er muss sie von diesem Ort vertreiben Der neue Big Brother beliefert die Einwanderungsbehörden mit Listen von Leuten, die sie nicht ins Land lassen sollen, ... die Bankiers mit Listen von Leuten, die sie nicht in die Gemeinschaft der Kreditwürdigen aufnehmen sollen. Er bietet Hausbesitzern Videoüberwachungsanlagen an, mit denen Unerwünschte von der Eingangstür ferngehalten werden sollen. Er ist der Schutzheilige aller Rausschmeißer, egal, ob sie für einen Nachtclub arbeiten oder für das Innenministerium. ...

Big Brother [der alte und der neue] sitzen in den Passkontrollstellen der Flughäfen, der eine prüft äußerst penibel die Dokumente der Einreisenden, der andere eher oberflächlich die der Ausreisenden. Beide leben fort und sind heute besser ausgerüstet denn je. Sie bewegen sich meist in den unzugänglichen, marginalisierten Teilen des gesellschaftlichen Raumes, in den Ghettos der Städte, in den Flüchtlingslagern und Gefängnissen.“ (Bauman, verworfenes Leben, S.188)

Der Kampf gegen diese Form von Ausschluss ist das Anliegen der Aktionsgruppe SAGA.

SAGA - das Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebung wurde 1991 aus einem Zusammenschluss verschiedener Flüchtlingsgruppen gegründet.

SAGA bietet vor allem Beratung an und macht Öffentlichkeitsarbeit für MigrantInnen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus - zu der Zielgruppe gehören Illegalisierte, also sans papiers, Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und damit von Illegalisierung und Abschiebung bedrohte MigrantInnen, aber auch MigrantInnen mit Aufenthalt. Das Ziel von SAGA ist der Schutz der Migranten vor der oft lebensbedrohlichen schärfsten Form von Ausgrenzung – der Abschiebung – und damit die Ermöglichung eines sicheren Aufenthalts für die Betroffenen.

Daher bietet SAGA vor allem rechtliche Beratung an: Unterstützung bei Aufenthaltsfragen, Suche nach Wegen der Verstetigung oder Legalisierung des Aufenthalts, gerichtlicher Rechtsschutz, Hilfe bei Asylanträgen, sowie Begleitung bei Behördengängen oder Gerichtsverfahren.

SAGA arbeitet sehr vernetzt, mit AnwältInnen, ÄrztInnen, TherapeutInnen, verschiedenen Projekten, anderen Aktionsgruppen wie medinetz, Beratungsstellen und Behörden etc. Bei Bedarf (also wenn die betroffenen keinen Anspruch darauf haben), übernimmt SAGA auch Kostenzuschüsse für Rechtsanwälte und Kosten für medizinische Gutachten. Der Schwerpunkt der

Arbeit ist Freiburg, aber es kommen Betroffenen aus ganz Südbaden, verstärkt von solchen Orten, wo es ein entsprechendes Beratungsangebot nicht gibt.

Zugleich ist SAGA aber auch die Stelle, die die Stimmen der Flüchtlinge in der Öffentlichkeit hörbar macht und auch so Druck auf Behörden und Politik ausübt. Alleine oder in zahlreichen Netzwerken wie Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung engagiert sich SAGA in der Öffentlichkeitsarbeit und politischen Arbeit. Über viele Jahre wurde unter dem Titel „SAGA Radio“ eine Sendung für Radio Dreyeckland produziert, SAGA macht eigene Veranstaltungen wie beispielsweise einen Info Abend zum Tod von Oury Jalloh im Dessau. Die Initiative geht aber auch zu festen Gruppen wie z. B. den Arbeitskreis kritischer Juristen und informiert dort über Migration und Abschiebung. SAGA verfasst Broschüren, Reports und offene Briefe zu verschiedenen Angelegenheiten. Des weiteren geht es für SAGA nicht nur darum, MigrantInnen dabei zu unterstützen einen sicheren Aufenthalt zu erhalten, sondern auch darum, gegen die menschenrechtlich fragwürdige soziale und rechtliche Situation von Flüchtlingen in Deutschland vorzugehen.

Diese äußerte sich u.a. in einem offenen Brief im Jahre 2010 an den Sozialbürgermeister wegen der Schikanen, der Respektlosigkeit und mangelnden Pflichterfüllung von Hausmeistern in einem Freiburger Flüchtlingswohnheim. Ein jüngeres Ergebnis dieser Aktivitäten im Netzwerk ist eine zur Zeit laufende Kunstaussstellung „EU-Außengrenzen - EU-Abschottung“ im Weingut Dilger.

Bei SAGA sind aktuell ca. 10 Personen engagiert: Studierende, Rentner, Erwerbslose und Berufstätige – alle arbeiten ehrenamtlich. Die Beratung im Mini Rasthaus im Grether Gelände ist die Kernarbeit - zweimal die Woche gibt es einen mehrstündigen Beratungstermin, immer zu zweit. (Und ich weiß aus dem, was meine Studierende als Praktikanten bei SAGA gelernt haben, dass die Arbeit hoch professionell und fachlich auf hohem Niveau stattfindet.) Die Gruppe versteht sich als unabhängiges selbstbestimmtes Kollektiv.

SAGA hat einerseits einen radikal humanitären Ansatz – sie beraten jeden, wer kommt, fragen nicht nach dem wieso und warum, und gehen davon aus, dass jeder, wer will, bleiben können muss. Aber die Arbeit von Saga ist vor allem eine politische und deshalb möchte ich kurz einige allgemeine Bemerkungen zur politischen Situation und Migration machen.

Die rechtliche und politische Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland, Abschiebungen und das Verhindern der Einreise nach Deutschland bzw. nach Europa müssen in einem Zusammenhang betrachtet werden.

Aus einer menschenrechtlichen Perspektive sind viele Praktiken und Rechtsvorschriften, die die Situation von Flüchtlingen betreffen, fragwürdig. Dazu gehört die Unterbringung – in den ersten Phasen des Asylverfahrens besteht ein Lagerzwang und ein Arbeitsverbot, in vielen Kommunen müssen Flüchtlinge dauerhaft in Sammelunterkünften leben. Diese Regelungen stellen ebenso wie die Residenzpflicht von Flüchtlingen Praktiken dar, die die Menschenwürde einschränken und von den Betroffenen auch als erniedrigend erfahren werden. Auch die materielle Versorgung mit Gutscheinen und die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen nach dem Asyl BIG schaffen eine Ungleichheit, regeln die materielle und Gesundheitsversorgung nach unterschiedlichen Normen für Menschen erster und zweiter Klasse. Auch die

Tatsache, dass Menschen, die abgeschoben werden sollen, in Abschiebehaft und damit ins Gefängnis, ist menschenrechtlich äußerst fragwürdig. MigrantInnen werden inhaftiert, obwohl sie keine Straftaten begangen haben und oder deren verdächtigt werden – vielmehr wird ihnen unterstellt, dass sie möglicherweise eine Straftat begehen könnten, indem sie sich der Abschiebung entziehen.

Menschenrechtlich fragwürdig ist auch die Situation – manche sagen sogar die Existenz – illegaler MigrantInnen (nicht nur in Deutschland). Aufgrund der im Aufenthaltsgesetz vorgeschriebenen Meldepflicht von illegalen Aufenthalten ist der Zugang zu vielen gesellschaftlichen Bereichen und eine adäquate Gesundheitsversorgung illegalisierte und ihrer Kinder sehr schwierig.

Bezüglich des Sonderstatus von Flüchtlingen, sind Praktiken zu kritisieren, die der Menschenwürde widersprechen und die eine „Zwei Klassen Menschen“ Logik ausdrücken. Aber auch Ausländer generell (bzw. Drittstaatler) sind durch das Ausländerrecht einem eigenen Gesetz unterworfen. Schon die Existenz eines besonderen „Rechts“ für „Ausländer“ kann aus menschenrechtlicher Perspektive hinterfragt werden. Zumindest manche Bestimmungen sind fragwürdig. Während einerseits Ehe und Familie grundrechtlich besonders geschützt sind, ist der Ehepartnernachzug für MigrantInnen eingeschränkt, sie müssen materielle Sicherung, Wohnraum und seit der Novelle des Zuwanderungsgesetzes 2007 auch Deutschkenntnisse nachweisen, bevor sie einreisen können. Solche Fälle gehören im übrigen zunehmend auch zur Beratung von SAGA.

Aber das Problem besteht auch darin, dass es kaum Menschen gelingt, nach Europa oder Deutschland zu kommen. Europa versucht mit vielen Mitteln, irreguläre Migration zu verhindern und die Grenzen abzuschotten - und dies geht mit der Verweigerung von Grundrechten einher. Es wollen aber mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen, sie sitzen aber aufgrund der Dublin II Verordnung unter menschenunwürdigen Bedingungen in EU Außenländern wie Griechenland, Italien, Ungarn etc. fest. Sie müssen das Asylverfahren dort durchführen, wo sie europäischen Boden betreten haben. Viele sind von Inhaftierung bedroht, dies wird in vielen EU Außenländern für große Gruppen umgesetzt, aktuell werden z.B. in Griechenland neue Flüchtlingshaftanstalten eingerichtet. Die Flüchtlinge leben dort unter menschenunwürdigen Bedingungen und haben keinen juristischen Beistand. Diejenigen, denen es gelingt, nach Deutschland weiter zu fliehen, sind hier nicht in Lagern sondern in Gefängnissen zu finden, von wo aus sie in die EU Außenländer abgeschoben werden, wenn ihnen die Einreise über den Landweg nachgewiesen werden kann. Aktuell sind fast die Hälfte der Abschiebungshäftlinge hierzulande sogenannte „Dublin II Fälle“. Daher hat Pro Asyl aktuell eine Kampagne gestartet, mit dem Slogan „Flucht ist kein Verbrechen“.

Interessant ist, dass von den weltweit mehr als 43 Millionen Menschen auf der Flucht oder in einer "flüchtlingsähnlichen" Situation 80 bis 85% der Flüchtlinge in der Herkunftsregion verbleiben und in andere Landesteile oder in Nachbarländer fliehen. Viele andere und auch wesentlich ärmere Länder als Deutschland beispielsweise tragen die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen. In der EU werden pro Jahr ca. 260.000 Asylanträge gestellt, in Deutschland waren es 2011 ca. 45.000. Davon wurden nur ca. 16 Prozent anerkannt, weitere 5 Prozent erhielten subsidiären Schutz vor Ausweisung, also einen befristeten Aufenthalt.

Die Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen sind Afghanistan, Irak, Serbien, und ansonsten kommen Flüchtlinge aus der ganzen Welt. Wenn nur ca. 21 Prozent einen Aufenthalt erhalten, was geschieht dann mit den anderen und denen, die gar keinen Antrag stellen oder ohne Aufenthaltstitel im Land sind ?

Wenn sie keine Rechtsmittel einlegen, nicht freiwillig ausreisen oder weiterwandern und nicht geduldet werden, dann leben sie andauernd in der Gefahr der Abschiebung, die in Deutschland eine tagtägliche – versteckte – Praxis darstellt. Dass diese Praxis nicht ganz so versteckt werden kann, ist Initiativen wie SAGA zu verdanken. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken hervorgeht, wurden im Jahr 2011 insgesamt ca. 8.000 Abschiebungen auf dem Luft- und auf dem Landweg vollzogen, davon aus Karlsruhe und Stuttgart immerhin 559. Die Zielländer waren unter anderem Serbien, Italien, Türkei und Kosovo.

Dazu kommen Zurückweisungen und Zurückschiebungen an deutschen Flughäfen und am Landweg, insgesamt ca. 9000, so dass im Jahr 2011 mind. 17.000 Menschen das Land zwangsweise verlassen mussten oder nicht hineingelassen wurden.

Aktuell ist die Frage der Abschiebungen von Roma, die während des Serbienkrieges aus dem Kosovo nach Deutschland geflüchtet sind bzw. die jetzt aus Serbien oder dem Kosovo kommen.

Wir müssen uns auch vergegenwärtigen, was Abschiebung bedeutet. Zwar wissen die Betroffenen oft von der Möglichkeit, aber sie wissen nicht, wann. Die Beamten kommen meist in der Nacht oder am frühen Morgen und nehmen mit, wer da ist, es werden Familien auseinander gerissen, Eltern und Geschwister getrennt, auf abgetrennte Bereiche in Flughäfen gebracht und in Sammelabschiebungen in eine ungewisse und bedrohliche Zukunft ausgeflogen.

Während lange ein Abschiebestopp für Roma aus dem Kosovo galt, ist dies nun länderabhängig . Baden Württemberg hat nun entgegen andersartiger Verlautbarungen keinen generellen Abschiebestopp verfügt, eine Delegation des Petitionsausschusses des Landtags stellte fest, es gebe keine generelle politische Diskriminierung von Roma-Minderheiten und damit auch keinen Grund für einen generellen Abschiebestopp. Aber viele verweisen auf die vielfach belegte sozioökonomische Diskriminierung der Roma, was eine Abschiebung menschenrechtlich fragwürdig macht. Berichte von UNICEF und anderen Organisationen zeigen, dass drei Viertel der zurückgekehrten Roma - Kinder keine Schule besuchen und keine Chance auf Ausbildung haben, dass viele Roma weder Arbeit haben noch eine Wohnung finden, dass die staatlichen Sicherungssysteme unzureichend sind und Roma weiterhin diskriminiert werden.

Baden-Württemberg beschloss nun eine Einzelfallprüfung, damit beispielsweise Kinder die neue Landessprache erlernen oder ihren Abschluss noch machen können. Auch gilt eine befristete Bleiberechtsregelung, die es denen, die länger hier sind, Arbeit finden und andere Auflagen erfüllen, ermöglicht, hier zu bleiben. Aber es ist generell fragwürdig, Menschen, die seit Jahren hier leben und Kinder, die hier geboren und hier beheimatet sind, in ein völlig fremdes Land abzuschicken. Dazu bemerkt das Netzwerk rassismuskritischer Migrationspädagogik: „Wir sprechen uns entschieden gegen jegliche Abschiebungen aus, ob sie wie behauptet „freiwillig“, begleitend, „humanitär“

oder gewaltsam durchgeführt werden. Das Aufenthaltsrecht darf an keinerlei Bedingungen geknüpft werden. Wer bleiben will, soll bleiben!“

Wenn wir von Ausgrenzung und Illegalisierung von Migranten und Flüchtlingen sprechen, so müssen wir einbeziehen, dass es vielen gar nicht gelingt, hier in das Land zu kommen. So ist Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, zuständig für Flüchtlingsabfangaktionen. Frontex kontrolliert die Außengrenzen weiträumig zu Luft und zu Land - die Frontex Aktivitäten zwingen die Flüchtlinge, auf immer gefährlichere Routen auszuweichen. Frontex agiert an den EU Außengrenzen im Mittelmeer, an der griechisch-türkischen Grenze und an den Ostgrenzen. Finanziert wird Frontex zum größten Teil von der EU. Das Jahresbudget beläuft sich auf 80 Millionen Euro. Die Agentur mit Sitz in Warschau hat 220 Mitarbeiter. Ein EU Entwurf sieht vor dass die Agentur mehr Befugnisse, eigene Grenzschrützer und eigene Ausrüstungen erhält. Obwohl nun ein Menschenrechtsbeobachter die Aktivitäten von Frontext kontrollieren soll, agiert die Behörde im unkontrollierbaren Raum, die neuen Kontrollmöglichkeiten werden von vielen EU Politikern als lasch und halbherzig kritisiert.

In einem Bericht des Europarats von Tinneke Strik über das Sterben im Mittelmeer wird kritisiert, dass die europäischen Behörden von einem "doppelten Standard" bei der Bewertung von Menschenleben ausgehen. Exemplarisch wurde ein Flüchtlingsunglück im Mai 2011 untersucht, bei dem 63 Menschen starben, die NATO und europäische Küstenwachen befanden sich in unmittelbarer Nähe. In dem Bericht heißt es: "Wir können so viel über Menschenrecht reden, und darüber, wie wichtig es ist, internationale Verpflichtungen einzugehen, aber wenn wir in derselben Zeit Leute einfach sterben lassen – vielleicht weil wir nicht ihre Identität kennen, vielleicht weil sie aus Afrika kommen – , dann zeigt dies, wie bedeutungslos diese Worte sind"

Ein anderer Bericht vom "Border Monitoring Project Ukraine" (mitfinanziert von Pro Asyl) zeigt, dass immer wieder Flüchtlinge und auch Minderjährige an der östlichen Außengrenze der EU zurückgewiesen bzw. zurückgeschoben werden. Laut Pro Asyl berichten Flüchtlinge, dass sie keine Gelegenheit hatten, ihr Recht, einen Asylantrag zu stellen, wahrzunehmen. Sie wurden in die Ukraine abgeschoben, wo sie in haftähnlichen Lagern festgehalten werden. Dies gilt nicht zuletzt für Flüchtlinge, die aus Afghanistan oder Somalia geflohen sind.

Die Arbeit von SAGA ist eine kleine Facette in einem Ensemble politischer und menschenrechtlich aktiver Organisationen, die beobachten, dokumentieren und agieren müssen, weil sich die Herrschenden in Europa immer wieder neue Taktiken ausdenken, um Einwanderungswillige und Flüchtlinge aus Europa fernzuhalten und einige „nützliche“ Einwanderer anzulocken.

Zum Abschluss möchte noch einmal Zygmunt Bauman zitieren: „Unsere Vorfahren bekämpften während des gesamten vergangenen Jahrhunderts die eindrucksvolle Macht des Big Brother, ... doch nur, um dem wachsamen Auge von Big Brother zwei ausgesetzt zu sein. ...

Wir, ihre Nachkommen, müssen zu Beginn des neuen Jahrhunderts die Antwort auf die Frage finden, ob das Einschluss Ausschluss Spiel die einzige Möglichkeit ist, wie ein gemeinsames menschliches Leben gestaltet werden

kann und wie letztlich die einzige denkbare Gestalt ist, die unsere gemeinsame Welt annehmen – die ihr von uns gegeben werden – kann.“ (ebda 189)

Dieser Kampf – der Kampf gegen das Ausschließen und Ausgeschlossen werden - findet in den Zentren und in den Peripherien statt. Wenn Berndt Koberstein in Nicaragua für die Rechte der Ausgrenzten und ihren Versuch, eine neue Gesellschaft aufzubauen, kämpfte, so engagierte er sich an einer Peripherie. SAGA kämpft für die Menschen aus den Peripherien in den Zentren und deren Rändern. Es ist aber letztlich ein Anliegen. Es handelt sich hier um Bewegungen, die auf verschiedene Facetten der Frage nach einer Menschheit und einer Menschenwürde für alle reagieren. Diese Bewegungen brauchen die Unterstützung aller zivilgesellschaftlichen Akteure und der Politik und damit sind wir alle gefordert - über diese Preisverleihung hinaus.